



Ganz Deutschland geht es gut, ganz Deutschland?

Deutschland 2015: Jobwunder, die Steuern sprudeln, die Wirtschaft boomt, es geht uns doch gut! Wenn auch Sie bei diesen Aussagen ins Grübeln geraten, sind Sie nicht die Einzigen. Wir laden Sie mit unserer Kampagne „Das muss drin sein.“ ein, genauer hinzuschauen und gemeinsam mit uns für gute Arbeit und ein gutes Leben für alle zu streiten.

Denn vieles liegt im Argen. Befristete Arbeitsverträge und Leiharbeit machen eine normale Lebensplanung schwer. Wenn Sie sich um Kinder, Kranke oder Pflegebedürftige kümmern, dann spüren Sie den Kostendruck und die Privatisierungen der letzten Jahre. Die Preise für Gas und Strom steigen so schnell wie die Mieten – zusammen für viele unbezahlbar. Und sollte es nicht normal sein, bei Erwerbslosigkeit zuverlässig abgesichert zu sein?

DIE LINKE sagt: Selbstverständlichkeiten wie eine planbare Zukunft und soziale Absicherung müssen tatsächlich wieder selbstverständlich werden. Das ist das Mindeste, das in einem reichen Land wie Deutschland drin sein muss:

Befristung und Leiharbeit stoppen.

Viele, vor allem junge Menschen hängen sich von einem befristeten Job zum nächsten oder finden nur in Leiharbeit eine Beschäftigung. Wir wollen gute Arbeitsverhältnisse, mit denen alle ihre Zukunft planen können.

Mindestsicherung ohne Sanktionen statt Hartz IV.

Es muss Schluss sein damit, dass Erwerbslose durch Sanktionen gegängelt und in schlechte Jobs gedrängt werden. Wir wollen eine soziale Mindestsicherung für Erwerbslose und ihre Familien.

Arbeit umverteilen statt Dauerstress und Existenzangst.

Viele Menschen arbeiten in unfreiwilliger Teilzeit oder Minijobs, während andere unter Überstunden und Dauerstress leiden. Wir wollen diese Arbeit umverteilen und mehr Zeit für Familie und Freizeit.

Wohnung und Energie bezahlbar machen.

Wir wollen die Verdrängung durch steigende Mieten, Sanierungskosten und Energiepreise stoppen. Eine bezahlbare Wohnung muss auch in den Großstädten drin sein.

Mehr Personal für Bildung, Pflege und Gesundheit.

Eine gute öffentliche Daseinsvorsorge für Kinder, Kran-

ke und Pflegebedürftige hilft nicht nur den Betroffenen und ihren Familien, sondern auch den Beschäftigten im Kampf gegen Arbeitsüberlastung.

Deshalb startet DIE LINKE am 1. Mai ihre Kampagne mit dem Titel „Das muss drin sein!“ Jede und jeder hat das Recht auf ein Leben ohne Zumutungen, ohne Sorgen und ohne Angst! Zukunft soll planbar sein, bezahlbare Wohnungen, gute Bildung und gute Gesundheitsversorgung müssen selbstverständlich für alle sein. Gesellschaftliche Teilhabe muss für alle möglich sein. Gleiche Chancen für Frauen und Männer müssen selbstverständlich sein. Gesellschaftlich wichtige Arbeit muss entsprechend gewürdigt und bezahlt werden.

Wir müssen Druck machen für politische Veränderungen und bessere Bedingungen – am 1. Mai und jeden Tag. Das muss drin sein.

*Sie finden uns vor Ort und natürlich im Internet: www.das-muss-drin-sein.de
Noch Fragen? Schreiben Sie uns: das-muss-drin-sein@die-linke.de*

aus dem Inhalt:	Zeit für die Reißleine.....	S. 2
	Mindestlohn ohne wenn und aber.....	S. 3
	Die Armut bleibt.....	S. 5
	2:0 für die Menschlichkeit.....	S. 6

DIE LINKE.

EIN PLAUNER PROTZBAU?

Jeder Plauner kennt es und die meisten finden es nicht schön. Es geht um den Nord-Ost-Flügel des Plauener Rathauses. Der Haupteingang wurde im 2. Weltkrieg zerstört. Im Jahre 1976 wurde die jetzige Fassade eingeweiht. Gut 40 Jahre später diskutiert Plauen, was jetzt mit der Fassade passieren soll. Neubau oder Sanierung? Es gibt viele Stimmen im Rathaus und in der Stadt, die murren, dass sich jetzt auch der Oberbürgermeister sein Erinnerungsobjekt bauen will. Ähnlich wie auch der im Sommer aufgehörende Landrat Tassilo Lenk mit dem neuen Landratsamt und der Schanze in der Vogtlandarena Klingenthal seiner Nachwelt etwas hinterlassen möchte, könnte man den Eindruck bekommen, dass es Herr Oberdorfer auch mit den Rathaus vor hat. In der vergangenen Legislatur des Stadtrates wurde schon durch ein Architektenwettbewerb und einer Planung alle Weichen auf Neubau gestellt. Die Fraktion DIE LINKE brachte erst mit einem Antrag die Möglichkeit der Sanierung auf den Tisch. In der Sitzung vom 16.12.2014 wurde dann dem Stadtrat in einer Präsentation die mögliche Sanierungsvariante vorgestellt. Jetzt wurde überlegt, ob man die Plauner Bürgerinnen und Bürger entscheiden lassen soll, wie sie sich ihr Rathaus wünschen. Jedoch wurde der Antrag auf einen Bürgerentscheid am 07.06.2015 im Rahmen der Landratswahl mit großer Mehrheit abgelehnt. Vielleicht sah auch der Oberbürgermeister sein Projekt scheitern, da er sich auch in der Stadtratssitzung für den Neubau aussprach.

Wir als Fraktion DIE LINKE in Plauen sind klar für eine Sanierung des Nord-Ost-Flügels. Aus diesem Grund fand am Freitag, dem 24.04.2015, eine öffentliche Veranstaltung zum Thema Sanierung des Rathauses in der „Alten Feuerwache“ Plauen statt. Hier stellte der Architekt Olaf Schenk nochmal die Variante der Sanierung vor. In der anschließenden Diskussion sprach sich auch die Mehrheit der Anwesenden für eine Sanierung aus. „Es ist zwar nicht schön, aber Teil der Plauner Geschichte. Und diese Geschichte kann man auch in dem ganzen Rathaus sehen. Angefangen mit dem Giebel des Standesamtes aus dem 16.

Jahrhundert bis zu den seitlichen Stuckarbeiten aus den 20-er Jahren.“ sagte einer der Teilnehmer. Auch waren die Kosten ein Hauptdiskussionspunkt. Ein Neubau kostet zwischen 12,6 bis 16,4 Millionen Euro (Eigenanteil Plauen 4 - 5,2 Millionen). Eine Sanierung in der Grundvariante kostet dafür ca. 5 Millionen (Eigenanteil 1,6 Millionen) oder mit allen Optionen ca. 8 Millionen (Eigenanteil 2,6 Millionen). Wenn man jetzt bedenkt, dass durch Entscheidungen der CDU und der Fraktion FDP/Initiative Plauen es in der Stadt zur Zeit keinen genehmigten Haushalt gibt, ist für mich es nicht nur eine ästhetische, sondern auch eine finanzielle Entscheidung den Nord-Ost-Flügel unseres Rathauses zu sanieren.

André Hegel - Stadtrat Plauen

ES IST DAS VOGTLANDTHEATER

Bisher haben die Städte Plauen und Zwickau die Finanzierung des Theaters allein getragen. Jetzt ist die Existenz des Theaters Plauen - Zwickau akut gefährdet. Auslaufende Haustarifverträge und steigende Betriebskosten zwingen zum schnellen Handeln, um das Theater als Produktions- und Mehrspartentheater zu erhalten.

DIE LINKE im Vogtland will nun den Landkreis in die Pflicht nehmen. Auf der Tagesordnung der nächsten Kreistagssitzung wird es einen Antrag von den LINKEN zur Beteiligung des Vogtlandkreises an der Finanzierung des Theaters geben. „Das Vogtlandtheater führt schon in seinem Namen, dass es kein Theater nur für die Plaunerinnen und Plauner ist, sondern für alle Menschen, jung und alt, die im Vogtlandkreis leben. Es wäre ein herber Verlust für den Vogtlandkreis, wenn das Theater aufgrund mangelnder Finanzierung das Angebot verkleinern müsste, oder noch schlimmer, in einigen Jahren schließen müsste“, so die Kreisrätin Janina Pfau

ZEIT DIE REIBLEINE ZU ZIEHEN!

Beginnend mit der Einstellung des Linienflugbetriebes vom Flughafen Hof-Plauen nach Frankfurt am Main ging die Zahl der Fluggäste gravierend zurück.

So gab es im Jahr 2014 nur noch 4120 Fluggäste. Dies waren 95 Prozent weniger Fluggäste als im Jahr 2000. Damit kostete jeder Fluggast die Gesellschafter 217 Euro Zuschuss.

Im Moment gibt es kein Angebot an Linienflügen, nur ein sogenanntes Flug-Taxi steht zur Verfügung und auch die Flugbewegungen an sich haben sich gegenüber den letzten Jahren verringert. Damit klappt die Schere zwischen Aufwand und Nutzen immer weiter auseinander. Selbst der Bund der Steuerzahler hat bereits 2012 den Flughafen Hof-Plauen als Geldverschwendung angeprangert.

Mit einer Beteiligung von 15 Prozent hat der Vogtlandkreis 1,2 Millionen Euro an Zuschüssen gezahlt. Ein wirtschaftlicher Nutzen für die Unternehmen im Vogtlandkreis ist allerdings nicht zu erkennen.

„Die Stadt Plauen hat schon die Reibleine gezogen und zahlt seit 2014 keine Betriebskostenzuschüsse mehr. Nun ist es an der Zeit, dass der Vogtlandkreis handelt und ebenfalls aus der Finanzierung des Flughafens austritt.“

Es ist den Bürgerinnen und Bürgern des Vogtlandkreises nicht weiter zuzumuten, jeden Fluggast bezuschussen zu müssen.“ So Waltraud Klarner Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Kreistag.

Aus diesem Grund stellte die Fraktion in der laufenden Haushaltsdebatte den Antrag, zum nächstmöglichen Termin aus der Beteiligung an der Flughafen Hof-Plauen GmbH auszutreten und die frei werdenden Gelder als investiven Zuschuss der Theater Plauen-Zwickau gGmbH zur Verfügung zu stellen.



MINDESTLOHN OHNE WENN UND ABER?

Ein Bericht über die Podiumsdiskussion am 14.04.2015 in der Alten Feuerwache in Plauen

Viele Debatten sind um den Mindestlohn entbrannt, seit er zum 1. Januar 2015 eingeführt wurde. Bürokratiemonster, Geschäfte, die schließen müssen ... In unser Podiumsdiskussion zum Thema wollten wir zum einen darstellen, welche Bedeutung der Mindestlohn für uns LINKE und die Gesellschaft hat, zum anderen interessierte uns aber auch die Praxis.

Nach einem ganz kurzen geschichtlichen Abriss – schon Friedrich Engels schrieb 1881 über einen „gerechten Lohn“ – gab unsere Bundestagsabgeordnete Sabine Zimmermann einen Überblick über die Entwicklung des Mindestlohns in Deutschland. Gleichzeitig machte sie deutlich, dass 8,50 € nur ein Einstieg sein können, da die Menschen damit nicht aus der Bedürftigkeit herauskommen. Altersarmut ist selbst bei 8,50 € vorprogrammiert. Um diese zu verhüten, müsse der Mindestlohn bei 10,36 € liegen, eine Zahl, die nicht von den LINKEN kommt, sondern von unabhängigen Ökonomen.

Wolfgang Müller, Inhaber eines Installateurbetriebs mit vier Angestellten, zahlt seit Jahren einen Tariflohn, der über dem Mindestlohn liegt. Er begrüßt den Mindestlohn dennoch. Allerdings, so Wolfgang Müller, sollte dieser leistungs- und bildungsabhängig sein. Wenn ein Ungelernter so viel Geld bekommt wie ein ausgebildeter Geselle, gerät das Gefüge in Schiefelage. Schon jetzt fehlen Auszubildende. Der Mindestlohn darf diese Zahl nicht

noch weiter senken. Außerdem beklagt er die Dokumentationspflicht und die dazugehörigen Kontrollen, die oftmals ohne das nötige Augenmaß geschehen. Da wünschte er sich, dass der Zoll neue Formate entwickelt, die für ihn als Unternehmer einfacher und vor allem zeitsparender zu handhaben sind.

Während die Auswirkungen auf das Unternehmen von Herrn Müller somit noch recht moderat sind, sieht das im Taxigewerbe anders aus. Vier Mitarbeiter musste die Taxi-Genossenschaft entlassen, so Wolfgang Häßler. Auch der Nachtfahrbetrieb musste deutlich eingeschränkt werden. Dazu stiegen die Preise. Um kostendeckend zu arbeiten, muss ein Taxi 25 €/Stunde einfahren. Das sei kaum zu schaffen. Die Leidtragenden sind vor allem ältere Menschen, die öfter ein Taxi nutzen, um mobil zu bleiben. Deutlich äußerte Wolfgang Häßler auch seinen Unmut gegenüber Bundesministerin Nahles. Diese hatte im Vorfeld zur Mindestlohneinführung groß angekündigt, sich mit den Krankenkassen in Verbindung zu setzen, um die Übernahme der Kosten von Fahrten zum und vom Arzt, die durch Taxiunternehmen geleistet werden, zu regeln. Im Moment ist es jedoch so, dass die Krankenkassen die Kosten massiv drücken, womit ein Taxiunternehmen noch unwirtschaftlicher werde.

Dieses Versäumnis der Bundesministerin bestätigte Sabine Zimmermann.

Auch die Jobcenter haben in ihren Förderprogrammen für Langzeitarbeitslose den Mindestlohn nicht eingerechnet. Damit steht zu befürchten, dass Langzeiterwerbslose, die in den ersten sechs Monaten einer neuen Anstellung vom Mindestlohn ausgenommen sind, in eine Spirale von Kurzarbeitsverhältnissen geraten. Das kann nicht das Ziel von Arbeitsmarktpolitik sein! Überhaupt müsse dafür gesorgt werden, dass die Lücken beim Mindestlohn zügig geschlossen werden.

Ob der Kapitalismus durch den Mindestlohn gerechter werde, war die letzte Frage ans Podium. Die einstimmige Antwort darauf war: Nein. Der Kapitalismus könne nicht gerechter werden. Aber ein anständiger Lohn muss drin sein. Für alle.

Katrin Pritscha - Regionalmitarbeiterin Landesgruppe DIE LINKE im Bundestag

KDU-ANGEMESSENHEITSWERTE für Hartz IV und Sozialhilfe rechtskonform?

Wir können davon ausgehen, dass Ermittlungen der Richtwerte für angemessene Bruttokaltmieten für Hartz IV- und Sozialhilfeempfänger Rechtsverstöße enthalten. Wenn Richter in einem rechtskräftigen Urteil solche Verstöße feststellen, müssen statt der Richtwerte die Höchstwerte des Wohnungsgeldgesetzes mit einem Zuschlag von etwa 10 % verwendet werden, und das würde für manche Vogtländer eine Erhöhung bis 100 € bedeuten. Für viele Betroffene, die einen Teil ihrer Miete aus der Regelleistung oder dem Freibetrag einer Beschäftigung zahlen, wäre das sicher interessant.

Als angemessen gelten laut Rechtsvorschrift Wohnungen des "einfachen" oder "unteren" Standards. Bis zu welcher Höhe deren Nettokaltmiete sein darf, müssen Fachleute durch Auswertung von Vermieterbefragungen errechnen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es Orte mit durchschnittlich höheren und solche mit durchschnittlich niedrigeren Mieten gibt, dementsprechend müssen die Angemessenheitswerte höher oder niedriger ausfallen.

Welche Rechtsfehler in den Angemessenheitsermittlungen haben Gerichte gerügt?

- Die Teilwohnungsmärkte entsprechen nicht den Rechtsvorgaben "räumliche Nähe, homogener Lebensbereich durch Infrastruktur, verkehrstechnische Verbundenheit", ihre Ermittlung ist nicht schlüssig.

- die Daten stammen nicht aus dem gesamten (Teil-)Wohnungsmarkt, es wurden vorwiegend billige Ortsteile oder Orte erfasst,

- die Daten der Mietwertermittlung sind älter als zwei Jahre

- erfasste Bestandsmieten sind zum Teil älter als vier Jahre,

- es wurden zu wenig Wohnungen von privaten Vermietern erfasst,

- es wurden zu wenig Angebots- und Neuvertragsmieten einbezogen,

- kleine Wohnungen (z.B. unter 35 m²) wurden aussortiert (hier sind die Quadratmeterpreise besonders hoch),

- die kalten Betriebskosten wurden nicht schlüssig ermittelt,

- die Repräsentativität der einbezogenen Daten wurde nicht bewiesen,

- die Kappungsgrenze für Wohnungen des "unteren" Standards wurde nicht begründet (in der Vermieterbefragung werden Wohnungen des unteren, mittleren und oberen Standards erfasst und nach Höhe des Quadratmeterpreises sortiert, danach wird eine Kappungsgrenze festgelegt, z.B. 45 % von unten),

- Es wurde nicht ermittelt, ob die "angemessenen Wohnungen" in ausreichender Anzahl vorhanden sind, ohne dass eine Konzentration auf bestimmte Gebiete erfolgt. Ghettobildung ist nach Rechtsvorschrift zu vermeiden!

- Bei Feststellung ungenügender Verfügbarkeit oder der Gefahr der Ghettobildung erfolgte keine Korrektur des Quadratmeterpreises. Die Korrektur ist möglich z.B. durch Erhöhung der Kappungsgrenze oder durch Erhöhung der Quadratmeterzahl für die betroffene Haushaltgröße.

Ein weiterer Klagegrund ist die Verweigerung der Einsicht in die Ermittlungsunterlagen.

Hinweise zur Angemessenheitsermittlung im Vogtlandkreis gibt es im nächsten Vogtlandboten.

Dr. Dorothea Wolff.

EINLADUNG SOZIALFORUM GÖLTZSCHTAL

Vorläufiges Thema:

9. SGB II- Änderungsgesetz in Kraft

Verschärfungen des SGB II-Rechts

Verbesserungen für Hartz IV-
Empfänger

Änderungen, bei denen die Gefahr
von Rechtsverstößen durch
Jobcenter besonders groß ist

Wir laden Sie für den
8. Juni 2015
von 18.00 Uhr bis
19.30 Uhr

in den Klubraum der Auerbacher
AWG

Eisenbahnstr. 32
(Wohnblock hinter der
Geschäftsstelle der AWG im
Auerbacher Neubaugebiet)
zum Bürgerforum ein.

Es informieren Mitglieder des
Sozialforums Göltzschtal. Alle
betroffenen und sozial engagierten
Bürger sind herzlich eingeladen.



Wir brauchen eure Artikel!



Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:
15. Mai 2015

Sendet uns eure Beiträge an:

redaktion@dielinke-vogtland.de



DIE ARMUT BLEIBT!

Mit großer Verwunderung verfolgen wir die Strategie von Bundesministerin für Arbeit und Soziales zur Bekämpfung von Armut in Deutschland, welche Aufgabe sicher zu den großen Herausforderungen von Andrea Nahles zählt.

Fernsehdocumentationen über Länder, wo Kinder mit vom Hunger aufgeblähten Bäuchen und von Fliegen gepiekt vor der Kamera stehen, schockieren auch uns. Wir finden es sehr schlimm, dass es solches Elend auf dieser Erde gibt. Als Bundesministerin eines "hochentwickelten" Landes muss auch sie wissen, dass jeder Mensch das Recht auf eine Existenz hat, die über das Stillen von Hunger und Durst und den Schutz vor Kälte und Nässe hinausgeht.

Nach Standard der Europäischen Union gilt als arm, wer weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen Netto-Einkommens zur Verfügung hat. Ein Single-Haushalt ist mit weniger als 938 Euro im Monat armutsgefährdet. Im Vergleich dazu fallen Hartz IV-Leistungen sogar erschreckend niedrig aus. Im konkreten Fall muss im Vogtlandkreis derzeit ein Hartz IV-Single, der alleine wohnt, mit 692,24 Euro vom Staat bzw. von der Kommune sein Auskommen absichern. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus der Grundsicherung 399,00 Euro, den Kosten für Grundmiete 234,24 und den Heizkosten 59,00 Euro.

Die Zahl der Menschen in Deutschland, die trotz des steigenden Wirtschaftswachstums von Armut betroffen sind, steigt kontinuierlich an. Im Jahr

2013 waren lt. Statistischen Bundesamt 16,2 Millionen Menschen von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht. So zählt zu den armen Bevölkerungsschichten, wer auf Kultur verzichten und Ausgrenzungen aus der Gemeinschaft erleben muss, da er sich z.B. die teure Eintrittskarte für das Museum oder den Kauf eines angemessenen Geburtstagsgeschenkes für den gut verdienenden, früheren Schulfreund, nicht leisten kann. Hinzu kommen Scham, als Bittsteller bei Behörden auftreten zu müssen, Scheu vor der öffentlichen Meinung über jene, die angeblich nicht arbeiten, aber Geld verdienen wollen und die tägliche Angst vor einer sich noch mehr verschlechternden persönlichen wirtschaftlichen Situation.

Künftig sollen, wenn wir die Pläne von Nahles richtig interpretieren, Menschen mit niedrigem Einkommen, Bezieher von Grundsicherung im Alter und Hartz IV-Betroffene aus der Armutsstatistik gestrichen werden. Oft reichen deren Einkünfte zwar zum Überleben, aber nicht zum Leben, so dass sie berechtigterweise die Unterstützung von "Brotkorb" und "Tafel" in Anspruch nehmen müssen.

Auch wenn elitäre Personen meinen, sie könnten darüber entscheiden, wer in Zukunft "arm" sein darf, wird es unmöglich sein, ein problematisches gesellschaftliches Thema einfach von der Tagesordnung verschwinden zu lassen.

Kathrin Kosche - Regionalgruppe Vogtland der LAG Hartz IV Sachsen

■ Befristung und Leiharbeit stoppen!

■ Mindestsicherung ohne Sanktionen statt Hartz IV!

■ Arbeit umverteilen statt Dauerstress und Existenzangst!

■ Wohnung und Energie bezahlbar machen!

■ Mehr Personal für Bildung, Pflege und Gesundheit!

DIE LINKE.

www.das-muss-drin-sein.de

„DER SCHOB IST FRUCHTBAR NOCH, AUS DEM DAS KROCH...“

Einige Zeit schien es so, als sei die Mahnung Brechts historisch überholt. Doch spätestens seit der Mordserie des NSU wissen wir, es kriecht wieder hervor, hetzt gegen Ausländer, Andersdenkende und verbreitet nationalistische Parolen. Der Faschismus ist noch nicht auf dem Müllhaufen der Geschichte verrottet. Umso wichtiger ist es, jedem klar zu machen, was das wirklich bedeutet. Am 12.04.2015 waren wir auch deshalb mit 2 unserer jungen tunesischen Asylbewerber, die in Netzschkau eine Wohnung erhalten haben, zur Gedenkveranstaltung des 70. Jahrestages der Befreiung des KZ Buchenwald.



Wir gedachten mit ihnen der 56000 Ermordeten aus fast allen Ländern Europas und ehrten Ernst Thälmann, den standhaften Kämpfer gegen den Faschismus. Der emotionalste Moment: 5 Überlebende dieser „Hölle“ aus 5

europäischen Ländern erneuerten dort während des Gedenkens auf dem Appellplatz den Schwur von Buchenwald.

„.... den Nazismus mit seinen Wurzeln auszurotten und eine neue Welt des Friedens und der Freiheit zu schaffen ist unser Ziel...“

Helfen wir alle mit, dass dieses Vermächtnis nie vergessen und endlich Wirklichkeit wird. Viele Menschen aus Deutschland und den anderen europäischen Staaten ehrten mit Blumen und Kränzen, die in der Nazizeit ermordeten Menschen. Unter den vielen Blumengebinden fanden wir einen Kranz des Vorsitzenden des Europäischen Parlaments, der Vizepräsidentin des Bundestages, des Thüringer Ministerpräsidenten und fast aller in diesem Land vertretenen Parteien. Nur einen Kranz des Bundespräsidenten, der Kanzlerin und des Bundes-

tagspräsidenten suchten wir vergeblich. Auch das ist unserer Meinung nach eine Aussage!

*Helga Hoffmann
Ortsverband Mylau - Netzschkau*



unsere tunesischen Asylbewerber vor dem Glockenturm

2:0 FÜR DIE MENSCHLICHKEIT

Bad Elster und Plauen zeigen Flagge gegen Rechts

Der 17. April 2015 wurde zu einem denkwürdigen Tag im Vogtland. Normalerweise ist unser Landkreis ja nicht gerade bekannt dafür, schnell und entschlossen gegen Neonazis auf die Straße zu gehen. Die eingefahrene CDU-Politik der letzten Jahrzehnte tut da in der Regel ihr übriges. Nicht so an jenem Freitag. Was war geschehen?

Ein Bündnis „besorgter Bürger“ hatte bereits Wochen zuvor zu einer Mahnwache vor das Rathaus von Bad Elster aufgerufen. Schnell hatte das Aktionsbündnis „Vogtland gegen Rechts“ zum Gegenprotest aufgerufen. In der Woche vor der Aktion baten Akteure aus dem Kurort die Anmeldung vom Aktionsbündnis übernehmen zu können. Schnell einigte man sich auf eine Vorgehensweise. Mit Erfolg, wie sich herausstellen sollte. Letztendlich standen einem lächer-

lichen Haufen von 20 Neonazis aus 3 verschiedenen rechtsradikalen Parteien rund 100 Gegendemonstranten gegenüber. Weitere 100 versammelten sich zum Friedensgebet in der benachbarten Kirche.

Zur selben Zeit wollte die Nachfolgeorganisation des inzwischen verbotenen „Freien Netz Süd“ eine – der Öffentlichkeit nicht angekündigte – „Mahnwache“ am Tunnel im Zentrum Plauens abhalten. Zufälligerweise traf sich zu diesem Zeitpunkt eine Gruppe junger Menschen an diesem Platz um das schöne Wetter zu genießen. Als man durch die nervös wirkenden Polizisten und Mitarbeiter des Ordnungsamtes gebeten wurde „die Versammlung aufzulösen“, da man ja wisse, wer nachher eine Kundgebung an dieser Stelle abhalten wolle, verbreitete sich die Nachricht wie ein

Lauffeuer und der Platz füllte sich nach und nach mit 80 Menschen. Letztendlich konnte durch unsere Landtagsabgeordnete und Kreisvorsitzende Janina Pfau eine spontane Kundgebung angemeldet werden. Die 10 angereisten Neonazis mussten auf einen anderen Platz ausweichen.

Das Vogtland hat gezeigt, dass es keine Spielwiese für Neonazis ist. Das Ergebnis dieses Tages lautet also unterm Strich: 2 zu 0 für die Menschlichkeit!

Lars Legath - Plauen

BEZAHLT ENDLICH EURE SCHULDEN!

Nein, nicht gerade billig. Immerhin "schlappe" fast 400 Millionen € "spendiert" Deutschland für ein weiteres von sechs insgesamt vorgesehenen Kriegs - U-Booten erneut - was dann letztendlich ein paar Milliarden ausmacht. Womit man dann sicherstellen könnte, daß ein weiterer eventueller vorgesehener internationaler solidarischer Hilfskonvoi mit Lebensmitteln, Medikamenten und medizinischem Gerät, Baumaterial gar für den zerbombten Gazastreifen das von ihnen okkupierte Palästina erreicht. Dem unterdrückten und geschundenen Volk in arroganter Selbstherrlichkeit solidarische internationale Hilfe verwehrt.

Nun sind diese Boote in wohl weiser Voraussicht für die Bestückung mit Atomraketen (wovon man ja ausreichend verfügt) gegen den Erzfeind "Iran", dem man hingegen - obgleich von Atommächten umgeben - selbst die atomare Forschung für friedliche Zwecke versagt. Da macht mir der aggressive Kriegskurs der Atommacht Israel - sich der deutschen "Nibelungstreue" bewußt - schon mehr Angst. Mit moralischer Verantwortung aus der Geschichte hatte man wohl seinerzeit den "Deal" gerechtfertigt. Um eine ebensolche allerdings geht es wohl auch in "Sachen" Griechenland. Und der Vorrangigkeit der Be-

gleichung von Schulden. Solche, die jene der EU - besonders aber Deutschland wohlgesonnene Vorgängerregierung in dreistelliger Milliardenhöhe hinterlassen hatte. Zugunsten der Banken und Oligarchen. Diese allerdings hatten sich mit ihrem Vermögen in die Steueroasen und sonstige EU-Länder (wie auch Deutschland) abgesetzt, angehäufte Schulden - auf Kosten des Volkes. Und so leitet die EU samt Troika - allen voran Deutschland - das "Recht" ab, den sozialen "Kahlschlag" des Landes vorzuschreiben. Was eine weitere Verelendung bedeuten würde.

Unterstützt von einer Haß- und Diffamierungskampagne der Bürger "Welt" in gewohnter Deutschland - Manier: arrogant, selbstherrlich und großmäulig. Schulden müssen schließlich bezahlt werden! Richtig! Nun aber hat die mit überzeugender Mehrheit demokratisch gewählte Regierung ihre eigene Rechnung aufgemacht (wie übrigens bereits beim Besuch des Bundespräsidenten Gauck) und die findet inzwischen selbst Zustimmung bei Politikern von SPD und Grünen. Danach belaufen sich die deutschen Schulden aus einer erzwungener Zwangsanleihe und Entschädigung für Kriegsverbrechen und -schäden auf fast 280 Milliarden Euro.

Bleiben doch dabei sogar die Hunderttausende ins KZ verschleppten Juden, von SS und Wehrmacht umgebrachte Zivilisten - erschlagen, erhängt, erschossen wie tausende von Widerstandskämpfer - gar "außen vor". Wie auch die brutale Vernichtung von Dörfern und Städten, die Ausplünderung des Landes...

Wie ist das nun im Falle Griechenland mit der moralischen Schuld? Hallo Frau Merkel, Herr Schäuble: Bezaht ihr halt eure Schulden, dann seid ihr doch zumindest rechnerisch "Quitt".

Moralisch deshalb noch lange nicht. Konntet ihr ja gar ein U-Boot als Zugabe draufpacken. Hat doch gerade unsere Rüstungswirtschaft eben dort als unserem drittgrößten Waffenimporteure bestens provitiert. Dürfte auch gar eines (im Gegensatz zu Israel) der Zweck die Mittel heiligen. Nun gut - muß ja nicht sein. Ein wenig mehr an Einsicht, Anstand und Vernunft - nun gut. Aber solches war wohl von Merkel und Co. ohnehin zu erwarten. Und so hat sie sich den öffentlichen Haß und Zorn des griechischen Volkes solcherart "redlich verdient".

Jürgen Böhm - Schöneck

ANGEMESSENES KINDERGELD

Häufiges Thema bei Kritik an der Politik sind ja bekanntlich auch die Diäten der Abgeordneten. Ich erinnere mich dabei an ein Bild auf dem sinngemäß geschrieben steht „Diäten um 900€ rauf, aber bei Kindergeld gabs wiederum eine Nullrunde. Vielen Dank lieber Staat.“

Nun können wir als Linke stolz sagen, dass unsere Leute dagegen gestimmt haben und auch das Geld nicht annehmen. Ich bin sehr stolz darauf und bring diesen Punkt auch gern in Diskussionen mit Freunden und Bekannten an, denn es zeigt, dass wir die einzigen sind, die nicht nur reden, sondern auch danach handeln. In dem besagten Bild stecken aber ja zwei Kritikpunkte, einmal die Maßlosigkeit bei Diäten und zum andern das zu niedrige Kindergeld.

Was mich bei der Frage des Kindes-

geldes immer wieder beschäftigt ist, warum es nicht wenigstens so hoch ist, wie die Mindestsicherung für Kinder. Bei den Hartz IV Sätzen wird immer betont, dass die der Höhe nach so gewählt sind, dass diese Mindestsicherung erreicht wird.

Kinder 0 bis 6 Jahre 234 €, RL für Kinder von 6 bis unter 14 Jahre 267 €, Kinder 14 bis unter 18 Jahre 302 € Warum sind dann die Kindergeldbeträge kleiner? Warum kann man nicht ein Kindergeld bezahlen, mit dem sich Eltern das Kind tatsächlich finanziell leisten können. Ich hab Freunde und Bekannte die zwar grundsätzlich Kinder wollen, es sich aber schlichtweg nicht leisten können. Ich finde, dass es jedem der den Wunsch hat Kinder zu bekommen auch finanziell möglich sein sollte und zwar unabhängig vom eigenen Verdienst. Jemand der ein geringes Einkommen hat und sich nicht

in die erniedrigende Knechtschaft des Jobcenters begeben will, kann so freier entscheiden ob und wieviel Kinder Er/Sie haben möchte. Mal abgesehen vom immensen menschlichen Reichtum, den die Kinder mit sich bringen, stabilisiert das Ganze auch unser Rentensystem und macht die unsägliche Riesterförderung unnötig. Der kostenlose Kita-Platz für alle gehört dann natürlich auch dazu.

In einem komplexen Gesamtwerk kann dann sichergestellt werden, dass der Kinderwunsch und auch die Anzahl der Kinder nicht mehr von finanziellen Entscheidungen abhängt, sondern rein von dem Wunsch zweier Menschen einem Kinder ein zuhause zu bieten und es aufwachsen zu sehen.

Maik Schwarz - Jöbnitz

IN EIGENER SACHE:

Liebe Genossinnen und Genossen,
Über den Vogtlandboten haben wir die Möglichkeit politischer Diskussion und Information. Er macht einen wesentlichen Beitrag dazu aus, dass man nicht einfach nur ein Parteibuch hat, sondern auch als einfaches Mitglied an den politischen Entwicklungen teilhaben kann. Sowohl als Leser, als auch als Autor. Der Vogtlandbote ist uns also "Lieb und Teuer" geworden. Und Letzteres ist genau das Stichwort. Der Vogtlandbote sollte sich im Idealfall über die Spenden finanzieren. Dies geschieht jedoch nur etwa zu 50%. Hierbei ist noch nicht berücksichtigt, dass ein großer Teil der Hefte, einzeln per Post versandt wird. Die Spendenempfehlung beinhaltet jedoch nur die Druckkosten und nicht den Versand.

Was können wir tun, um daran etwas zu ändern?! Eine Möglichkeit ist, dass der Vobo auch als online-Ausgabe existiert. Jeder von uns LeserInnen sollte für sich prüfen ob sie/er die Papierausgabe wirklich braucht, oder ob sie/er das Internet diesbezüglich nutzen kann. Eine kurze Meldung an die Geschäftsstelle reicht dann und man bekommt keine Papierausgabe mehr. Dies hat zwei Vorteile. Erstens spart die Partei Druckkosten und zweitens tut man was für die Umwelt. Der eine Baum im Jahr bleibt dann halt einfach stehen.

Eine weitere Variante ist, dass diejenigen GenossInnen, welche die Papierausgabe per Post bekommen, von sich aus die Spendenempfehlung um 1,50 Euro erhöhen. Eine letzte Möglichkeit den Vobo in kostendeckende Gewässer zu bekommen ist auch, dass dem ein oder anderen vielleicht durch diesen Artikel in Erinnerung gerufen wird, dass Er/Sie bisher zwar regelmäßig den Vobo als Papierausgabe bekommen hat, aber versäumt hat, die Spende dafür zu bezahlen. Im Eifer des alltäglichen Gefechts kann das schon mal passieren.

Letztendlich wird der Vogtlandbote immer einen Zuschuss aus der "großen Kasse" benötigen. aber alles was der Vogtlandbote frisst, fehlt letztlich irgendwann an anderer Stelle. Für politische Arbeit, Wahlkosten uvm. Es sollte in unser aller Interesse sein, dass dort so viel wie möglich Mittel zur Verfügung stehen.
Maik Schwartz - Mitglied im Kreisvorstand

THEMA GRIECHENLAND

12. Mai 18.00 Uhr

am 12. Mai findet um 18 Uhr in der „Alten Feuerwache“ (Neundorfer Straße 3, Raum 23) in Plauen eine Veranstaltung zum Thema Griechenland statt. Referent ist Dr. Axel Troost (MdB), der im Januar 2015 zu Gesprächen über die künftige Wirtschafts- und Finanzpolitik einer Syriza-Regierung in Athen weilte. Er wird über die aktuelle Situation in Griechenland und über die möglichen Spielräume der aktuellen Schuldenpolitik und ihre europäische und nationale Auswirkung, sowie über die Chancen und Möglichkeiten eines grundlegenden Politikwechsels („Nationaler Plan für Wiederaufbau“) der neuen griechischen Regierung und über entsprechende Positionierung der LINKEN referieren und diskutieren.

INTERESSANT ?!

"Wussten Sie schon, dass der Vogtlandkreis deutschlandweit Spitzenreiter ist? Zumindest bei den Wohnungen, die 1919 erbaut worden sind. Mit 34,8% führt er die Liste knapp vor dem Landkreis Greiz an."

Quelle: Zensus 2011

WIR GRATULIEREN

allen Leserinnen und Lesern, die im April ihren Geburtstag feiern können. Besondere Grüße gehen an die Jubilare mit einem „Runden“ und jene, die über 80 Jahre jung werden:

G. Wohlrab	Markneukir.	03.05.
H. Gruner	Plauen	04.05.
G. Wilferth	Tirpersdorf	06.05.
Inge Schäfer	Falkenstein	14.05.
Jürgen Beck	Treuen	15.05.
Edith Schulze	Rodewisch	16.05.
Hanna Meinel	Klingenthal	18.05.
Ruth Musch	Plauen	20.05.
A. Solbrig	Reichenb.	26.05.
G. Vogel	Ellefeld	31.05.
Heinz Franke	Netzschkau	31.05.

Wir wünschen Glück, Gesundheit und viel Kraft für das neue Lebensjahr.

Der Vogtlandbote

Impressum - Der Vogtlandbote

Herausgegeben vom Kreisverband Vogtland der Partei DIE LINKE erscheint monatlich im Selbstverlag. Vertrieb über die Gruppen der Partei DIE LINKE des Vogtlandes. Postzustellung kann erfolgen gegen einen Unkostenbeitrag und Erstattung der Portokosten (gesamt 2,50 Euro). Bankverbindung: Bankverbindung: IBAN: DE58 870580 00 3552 002390, Kontoinhaber: DIE LINKE Vogtland, Verwendungszweck: Spende Vogtlandbote. Anschrift: Vogtlandbote c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen; E-Mail: redaktion@dielinke-vogtland.de. Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 16.04.2015, Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 15.05.2015. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften sinnwährend zu kürzen. Bildquellen direkt am Bild oder eigene. Nachdruck mit Quellenangabe ist erwünscht - Belegexemplar wird erbeten. V.i.S.d.P.: Jan Windisch c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen.